



Die Gewerkschaft.
Le Syndicat.
Il Sindacato.

Delegiertenversammlung der Unia tagt in Bern.

Frauen zum Rabattpreis: Es reicht!

Die Delegiertenversammlung der Unia stand heute ganz in Zeichen des Frauenstreiks. Dank einer breiten Lohnkampagne in den „typischen Frauenbranchen“ wie beispielsweise dem Detailhandel sollen Tieflohnen und prekären Arbeitsbedingungen schrittweise ein Ende gesetzt werden. Weiter verurteilten die Delegierten die Kündigungsinitiative in einer Resolution als massiven Angriff auf den Lohnschutz und die KollegInnen ohne Schweizer Pass.

Der Frauenstreik vom 14. Juni stand auch an der heutigen Delegiertenversammlung der Unia im Zentrum der Debatten. Die Bewegung vom 14. Juni sei so bedeutend, dass sie noch für längere Zeit nicht abschliessend bilanziert werden könne, hielten die Delegierten fest. Umso stossender, dass Frauen bis heute im Schnitt 660 Franken pro Monat weniger verdienen als Männer. Das sind 10 Milliarden, die den Frauen in der Schweiz jedes Jahr entzogen werden.

Diesem Missstand will Unia mit zwei Massnahmen endlich den Riegel schieben. Einerseits forderten die Delegierten als Sofortmassnahme gegen Lohnungleichheit am Arbeitsplatz systematischen Kontrollen in den Betrieben und griffige Sanktionen gegen fehlbare Unternehmen. Und andererseits sollen dank einer breiten Lohnkampagne in den „typischen Frauenbranchen“ wie beispielsweise dem Detailhandel Tieflohnen und prekären Arbeitsbedingungen schrittweise ein Ende gesetzt werden.

Keine Spielereien mit dem Lohnschutz!

Wie die Lohndiskriminierung gehört für die Delegierten auch die Kündigungsinitiative auf den Abfallhaufen der Geschichte. Sie ist ein gefährlicher Frontalangriff auf die Personenfreizügigkeit und die FlaM. Damit zeigt die SVP ihr wahres Gesicht: Sie schafft neue Diskriminierungen, sie gefährdet den Lohnschutz, sie unterminiert unsere Gesamtarbeitsverträge, sie schwächt die Rechte aller Arbeitnehmenden - und sie stempelt unsere KollegInnen ohne Schweizer Pass zu Sündenböcken.

Die Unia tritt dieser demagogischen SVP-Initiative mit aller Macht entgegen. Sie erwartet, dass sich nun auch der Bundesrat, die Arbeitgeber und übrigen Parteien auf diese vordringliche Aufgabe konzentrieren.

Weitere Informationen:

Vania Alleva, Präsidentin Unia

Serge Gnos, Mediensprecher

Unia Schweiz, Medienmitteilung, 22.6.2019.

Unia Schweiz > Mindestlohn. Lohnschutz. Unia Schweiz, 2019-06-22